

Pressemitteilung vom 18. September 2019

++ Ökologische Waldwende überfällig: Steuergelder nur für Entwicklung naturnaher Laubmischwälder ++

Berlin. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fordert angesichts absterbender und geschwächter Waldbestände in ganz Deutschland wirksame Maßnahmen gegen die Klimakrise und zum Schutz der Wälder. Dazu gehöre eine umwelt- und sozialverträgliche CO₂-Abgabe ebenso wie ein umfassendes sektorspezifisches Maßnahmenpaket, insbesondere der überfällige Einstieg in den Ausstieg aus der Kohle. Mit Blick auf den nächste Woche von Agrarministerin Julia Klöckner einberufenen Nationalen Waldgipfel zur Waldkrise fordert der BUND eine ökologische Kehrtwende in der Forstwirtschaft und einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern nach dem Prinzip „öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“. „Die jetzige Waldkrise ist unbestritten eine der größten Herausforderungen“, erklärt Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND. „Es ist ein Wettlauf mit der Zeit. Die Bundesregierung tut gut dran, schnelle und umfassende Maßnahmen zur Rettung des Waldes zu beschließen.“

Der BUND begrüßt, dass der Wald auf Bundesebene endlich die notwendige Aufmerksamkeit erhält, die aufgrund der dramatischen Lage des deutschen Waldes dringend geboten ist. Ein Paradigmenwechsel im Umgang mit den Wäldern Deutschlands ist überfällig. Weiger: „Die Wälder müssen endlich schonender bewirtschaftet werden, um sie gegen die Folgen der Klimakrise besser zu wappnen. Hierzu gehört eine ökologisch verträgliche Bewirtschaftung, damit mehr Feuchtigkeit im Wald verbleibt und dieser sich selbst stabilisieren kann. Konkret bedeutet dies: weniger drastische Eingriffe für die Holzernte, ein Stopp der Entwässerung von Wäldern und die Vermeidung der Verdichtung von Waldböden durch Befahrung.“

Für diese und andere Punkte müsse endlich eine gute forstliche Praxis definiert und in allen Waldgesetzen verbindlich verankert werden: „Der Anteil der Naturwälder ohne forstliche Eingriffe muss deutlich erhöht werden. Hier können wir von der Natur lernen, wie sie Krisen aus eigenen Kräften überwindet. Diese ‚Urwälder von morgen‘ sind auch wichtig, um unsere Glaubwürdigkeit im internationalen Kontext zu erhöhen, beispielsweise bei Forderungen zum Schutz des Amazonas-Regenwaldes“, so der BUND-Vorsitzende weiter.

Neben der Wiederbewaldung abgestorbener Waldflächen ist vor allem der Waldumbau zwingend erforderlich, weg von naturfernen Nadelforsten, hin zu klimastabilen und naturnahen Laubmischwäldern. Für beide Aufgaben sei dringend mehr Personal im Wald notwendig. Gleichzeitig müsse die Jagd so geregelt werden, dass die jungen Laubbäume eine Chance haben zu wachsen, anstatt gleich wieder von Rehen und anderem Wild aufgefressen zu werden. Dies gelte auch für die natürliche Wiederbewaldung durch Sukzession. Bund und Länder müssten hier ihre Gemeinwohlaufgaben wahrnehmen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Beim Einsatz von Steuergeldern fordert der BUND verbindliche staatliche Vorgaben. „Kommunale und private Waldbesitzer brauchen verbindliche finanzielle Unterstützungen beim Waldumbau, bei der ökologischen Wiederbewaldung und bei der Ausweisung von Naturwäldern. Dabei müssen Steuergelder nach dem Prinzip ‚öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen‘ eingesetzt werden. Eine Subventionierung eines ‚Weiter so‘ in der Forstwirtschaft, bei dem allein die Holzgewinnung im Fokus steht, darf nicht stattfinden“, so der BUND-Vorsitzende. Vielmehr müssen aus Sicht des BUND die Gelder so eingesetzt werden, dass Deutschlands Wälder naturnäher, strukturreicher und ökologisch wertvoller werden und so besser zum Wasserrückhalt und zur Grundwasserneubildung beitragen können. „Keine Steuergelder für Neuanpflanzung von anfälligen Fichten- und Kiefernforsten oder das Einbringen exotischer Baumarten, die heimische Waldökosysteme gefährden“, untermauert Weiger die BUND-Forderung.

Hintergrund:

Die aktualisierten „BUND-Forderungen zu Deutschlands Wäldern in der Klimakrise “ zum Nationalen Waldgipfel finden Sie unter: www.bund.net/waldgipfel

Kontakt: Nicola Uhde, BUND-Expertin für Waldpolitik, Tel.: 030-275-86-498, Mobil: 0151-141 482 67, E-Mail: nicola.uhde@bund.net

BUND-Pressestelle:

Sigrid Wolff | Daniel Jahn | Judith Freund | Heye Jensen

Tel. 030-27586-425 | -531 | -497 | -464 | E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

Informationen zur Datenverarbeitung des BUND nach DSGVO finden Sie unter www.bund.net/datenschutz